

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

13.9.1921 (No. 213)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Bemerkungen:
Nr. 953
und 954
Postkassonno
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hochdruck-
Druckerei, Hebe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.60 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gefaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, Spangswischer Bezeichnung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsänderung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug.

•• Nach den Bestimmungen über die Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn ist bei der Bemessung des einbehaltenen Steuerbetrags auch der Wert der Sachbezüge zu berücksichtigen. Mangels einer anderen Vorschrift muß angenommen werden, daß der Wert der tatsächlich gewährten Bezüge zu berücksichtigen ist. Werden also Sachbezüge nur für die Arbeitsstage gewährt und arbeitet der Steuerpflichtige nur an den Werktagen, so sind bei der Berechnung des Wertes der Sachbezüge nur diese Tage zu berücksichtigen, während bei der Gewährung der Sachbezüge für alle Tage — ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Arbeitsstage handelt oder nicht — der Wert der Bezüge z. B. für die Woche durch Vervielfachung des Tagewerts mit 7, für den Monat durch Vervielfachung dieses Wertes mit 30 und für das Jahr durch Vervielfachung mit 360 gefunden wird.

Im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe ist der Wert der freien Verpflegung mit Wirkung vom 1. August 1921 an allgemein für männliche Arbeitnehmer im Alter von mehr als 17 Jahren auf 7 M., für solche im Alter von weniger als 17 Jahren und für alle weiblichen Arbeitnehmer — wozu selbstverständlich auch die weiblichen Dienstmädchen gehören — auf 5 M. täglich festgesetzt; der Wert der freien Wohnung nebst Beköstigung usw. ist für sämtliche Arbeitnehmer mit 1 M. täglich veranschlagt. Bei einem Dienstmädchen, das neben dem Verlohn freie Verpflegung und Wohnung erhält, ist der Wert dieser Sachbezüge hiernach bei der Feststellung des dem Steuerabzug unterliegenden Arbeitseinkommens für den Tag mit 5 u. 1 = 6 M., für die Woche mit 7 x 6 = 42 M., für den Monat mit 30 x 6 = 180 M. und für das Jahr mit 360 x 6 = 2160 M. zu berücksichtigen.

Wemert sei noch, daß diese vom Landesfinanzamt festgesetzten Ansätze nur für die Berechnung des Steuerabzugs gelten. Bei der ordentlichen Veranlagung zur Einkommensteuer, soweit eine solche künftig bei Arbeitnehmern überhaupt noch stattfindet, sind nach § 37 des Einkommensteuergesetzes die Sachbezüge mit ihrem den ortsüblichen Mittelpreisen entsprechenden Werte anzusetzen, den der Steuerpflichtige entweder selbst angibt oder dessen Festsetzung er dem Steuerauswärtigen überlassen kann.

Zum Kapitel der Kapitalverschiebungen

hierbei der folgende, der „Frankf. Ztg.“ aus Zürich zugegangene Artikel, dessen Einzelheiten wir naturgemäß nicht nachprüfen können, einen lehrreichen Beitrag:

„Wenn die Schalter einer Bank geschlossen werden, öffnen sich ihre Bücher, und wenn eine Schweizer Bank heute dies Schicksal trifft, so mag man sich, wie die Dinge liegen, das heißt wie Vermögen verschoben worden sind, auf Entschuldigungen von mehr als lokalem Interesse gefast machen. Die Internen, in die der Schalter der Züricher Depositenbank (mit der die Incaasso- und Effektenbank sich kürzlich fusioniert hatte) einen ersten Blick gewährt, verdienen auch bei uns einige Aufmerksamkeit; sowieso werden manche Leute in Deutschland, und nicht ganz unbekannt darunter, vom Zusammenbruch dieser Bank mit höchst unbefriedigenden Gefühlen behaftet sein. Für die Allgemeinheit aber hat die Angelegenheit, die auf Personen und Praktiken unseres alten Regime, ein sehr seltsames Licht wirft, letzten Endes ein hartes politisches Interesse.“

Von der Spekulationslust und der leichtfertigen Vertrauensseligkeit früherer Direktoren und Beamten (Schweizer) abgesehen, haben die beiden fusionierten Banken ihr Unglück zum großen Teile — und fügen wir hinzu, beschämenderweise! — einem Deutschen, dem Mittelmeister und „Bankier“ Erich Schmidt-Choné aus Berlin, zu verdanken. Dieser Mann, der in der Aktionärsversammlung der Züricher Depositenbank ein Schwindler genannt, in der Gläubigerversammlung aus dem Munde des gerichtlich bestellten Sachwalters als Hochstapler gekennzeichnet wurde, war in und nach dem Kriege sozusagen ein Intimus des alten Regime. Viele der hohen und hochpatriotischen Herren, die heute so gerne unter reichlicher Anwendung des Schimpfwortes „Schieber“ das von ihnen mißverstandene Unglück Deutschlands anklagen, ehrlichen und mutigen Menschen in die Schuhe schieben möchten, — Grafen und Grafentöchter, Generale und Diplomaten, sie werden ihre intime Freundschaft mit dem Mittelmeister Schmidt-Choné, dem ausgespändeten Schuldnern, der im April 1920 hier wegen Pfändungs Betrugs verhaftet war und nach dem heute die Züricher Staatsanwaltschaft von neuem fahndet, nicht ableugnen können. War Herr Schmidt auch kein aristokratischer Schieber, so darf er sich doch stolz den mit Aufträgen überhäuft Schieber der Aristokraten nennen; er betrieb, wie es im Vorichte des gerichtlichen Sachwalters heißt, die Verchiebung deutschen Kapitals nach der Schweiz in ganz großem Stil. Willige Flieger leisteten ihm dabei wertvolle Dienste, und hatte man an die Grenze endlich einen findigen Mann gestellt, der sich auf die Schliche der Kapitalverschieber ausnehmend verstand, so engagierte ihn Schmidt für ein Monatsgehalt von 3000 Franken als „Sekretär“ in die Schweiz weg und — ließ ihn hier spazieren gehn. Schon 1917 hat Schmidt sein Handwerk mit dem goldenen Boden zum Gegen der damals herrschenden deutschen Kasse begonnen, und wenn er pro forma wohl auch Wirtschaftsspieler zugunsten Deutsch-

lands getrieben hat, sein wirklicher Beruf war der Kapital-schmuggel zum Schaden Deutschlands.

Auf die Nachschichten Schmidts hier im einzelnen einzugehen, würde, so interessant oder doch faszinierend abenteuerlich sie sind, zu weit führen; wieso die Schweizer Bankleute und Verwaltungsräte auf sie hineingefallen sind, mag vielleicht jemand, der sich der persönlichen Bekanntschaft des Herrn Mittelmeisters erfreut hat, eher erklären können. Wenn aber sogar eine Züricher Großbank und andere maßgebende Stellen eine sehr gute Auskunft über Schmidt-Choné erteilt haben sollen, so kann er diese Gloriole nur seinen „vornehmen“ deutschen Beziehungen zu verdanken gehabt haben. In Schiebungen, Zusammenwickelungen und Scheingeschäften war er allerdings Meister. Zuerst verschaffte er sich durch Aktien-erwerb bei der Incaasso- und Effektenbank Eingang und von hier aus erlangte er einen maßgebenden Einfluß auf die Depositenbank, indem er das Kunststück fertig brachte, mit einem Baraufwand von 200 000 Franken die Hälfte der Stimmen, die einem Aktienbesitz von 4 Millionen Franken entsprachen, in die Hand zu bekommen. Er hatte nur 50 Prozent einzuzahlen, und 2 Mill. Franken wurden der Depositenbank tatsächlich bar vergütet; wenige Tage darauf aber übernahm die Depositenbank 4500 Aktien der Incaasso- und Effektenbank zum Kurse von 400, hatte also wieder 1,8 Millionen Franken zurückzuführen! Gewisse Persönlichkeiten der Bankleitung wußte Schmidt betört um die Finger zu weiden, daß er etwa die Herausgabe von Wechseln einer insolventen Züricher Firma im Betrage von 400 000 Franken erreichte, mit der Angabe, er könne sie für die Bank vorstellhaft disponieren, während er in Wirklichkeit damit einen seiner eigenen Gläubiger begabte. „Das ist nichts anderes als ein Betrug“, sagt der Bericht des Sachwalters. Wenn im übrigen fingierte Deckungen noch verpfändet wurden, wenn Darlehensgeschäfte, die Gewinne bis zu 10 000 Franken für die Transaktion abwarfen, sich als Scheingeschäfte erwiesen, wenn für „einen Deutschen“ Aktien einer englischen Gesellschaft verkauft wurden, obwohl dies nur mit gefälschten Aktien möglich war, und wenn vom Felde dann noch 13 550 Mfr. „glatt unterschlagen“ wurden (wie der Sach-walter sich ausdrückt), so genügt dies wohl zur Kennzeichnung eines Mannes, der, wie gesagt, der vertraute Finanzberater und Kapitalverschieber hoher und höchster Persönlichkeiten des alten Deutschland war; es kennzeichnet aber auch diese Persönlichkeiten selbst, die patriotische und andere Strapazen fallen ließen, sobald der Gelbbüchel gefährdet war.

Die in manchen Schweizer Kreisen herrschende Furcht vor der Überfremdung durch deutsches Kapital, vor dem Streitmännertum und der Wästmütze, mag zu einem guten Teil auf das Treiben Schmidt-Chonés zurückzuführen sein, der in aller Offenheit erklärte, er wolle unter neutraler Flagge mit deutschem Kapital Unternehmungen in der Schweiz gründen. Offiziell ist er persönlich dagegen nie hervorgetreten; seine Firma war die „Ceclil A. G.“ in Luzern, und nicht die Zürcher Depositenbank selbst, die an Schmidt-Choné und seiner Gruppe B bis 7 Millionen Franken verloren hat, sondern diese dunkle Ceclil A. G., ursprünglich eine auf höchst wadlaffen Füßen stehende Luzerner Beteiligungsgesellschaft, die die Verchiebungen deutschen Kapitals in die Schweiz durchgeführt hat. Der Zusammenbruch der Depositenbank konnte daher im einzelnen auch noch nicht einfließen, was und von wem da verschoben worden ist. Zum Teil steht oder stand hinter der Ceclil A. G. das Vermögen der Familie Parrot-Bourlès, die nun den Verlust einiger Millionen auch aufs Konto der Freundschaft mit dem Herrn Schmidt zu buchen hat. Hier kann allerdings von Verchiebung deutschen Kapitals nicht ohne weiteres gesprochen werden; die Gräfin Parrot-Bourlès war ursprünglich Schweizerin, bürgerte sich nach dem Tode ihres Gatten wieder in der Schweiz ein und ließ das Vermögen in Neuchâtel verwalten. Es wurde während des Krieges teilweise nach Deutschland geschoben, und Schmidt-Chonés Aufgabe war es später, diese Millionen wieder zurückzuführen. In der Schweizer Presse war wiederholt zu lesen, daß unter vielen anderen auch General Ludendorff mit Hilfe der Ceclil A. G. Kapital in die Schweiz verschoben habe; eine Forderung des Generals ist nicht angemeldet. Der Konkurs, der letzter Tage über die Ceclil A. G. eröffnet worden ist, dürfte im übrigen aber mancherlei noch ans Licht bringen. Der Sachwarter der Gläubiger der Depositenbank bezeichnete es als absolute Notwendigkeit, daß die Lage der Ceclil A. G. an Hand ihrer Bücher gründlich untersucht werde. Es wird eine selbstverständliche Pflicht der Verichterstattung sein, die Ergebnisse dieser Untersuchung auch in Deutschland mitzuteilen.“

Das Echo in Württemberg.

Unter dieser Überschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ von ihrem Stuttgarter Mitarbeiter geschrieben:

Die Schüsse von Griesbach und ihre Folgen fallen naturgemäß auch in Württemberg auf. Erzberger ist hier in seine politische Arbeit hineingewachsen und hat hier bis zuletzt akteriert starken Rückhalt gehabt; was auch in seiner eigenen Partei an Gegenstandsmurz oder doch Unbehagen gegen ihn vorhanden war, ist wie weggefegt durch die Schändlichkeit seiner Todesart. Aber auch die Folgen spielen herein. Auch die Notbehördenmaßnahmen des Reiches ist die fühlende — allerdings noch nicht die gemeinte — deutschnationalen „Süddeutsche Zeitung“ verboten worden. Darob schraubten die Herren auf der Rechten Wut. Sie wollten den Landtag einberufen sehen, um dort gleich große Abrechnung zu halten. Aber man hat in Württemberg die Zeitung der Gegenspieler der Deutschnationalen, „Der Kommu-

nist“, als er sich als Staatschädling erwies, wiederholt von Württemberg aus verboten, ohne daß das Berechtigungsgefühl der Deutschnationalen den Drang gehabt hätte, den Landtag für Freigabe dieser Zeitung zu mobilisieren. Das heutige deutsche Gesetz auf der Rechten, als würde ihnen gegenüber jetzt mit zweierlei Maß gemessen, verhängt bei uns zu Lande auch nur bei den ganz Dummen. Aber halbwegs auf dem Bauenden ist, weiß, daß das eitel Pflumerei ist. Der Landtagspräsident hat deshalb das Verlangen nach vorzeitiger Landtagsberufung mit vollem Recht abgelehnt. (Das Erscheinen der „Süddeutschen Zeitung“ ist inzwischen wieder gestattet worden; Red.) Am letzten Sonntag hat ein deutschnationaler Abgeordneter in einer Bauernversammlung unter freiem Himmel behauptet, die Demokraten einschließlich des Staatspräsidenten Dr. Gießer seien nur durch Schmarotzerei in ihre Ämter gekommen und die jetzige Regierung verfolge das Ziel, die Bauern zu ruinieren. Das ist eine so hanebüchene Verleumdung und Aufsehung, daß es eine Unverfrorenheit ohnegleichen ist, von der Regierung zu verlangen, sie solle solcher Heberbeit nun durch besonderes Vorgehen möglichst rasch wieder zu weitester Verbreitung helfen.

Dazu kommt, daß die württembergischen Deutschnationalen in der letzten Zeit noch besonders kompromittiert wurden. Der Fähnrich v. Girschfeld, den früher schon auf Erzberger geschossen hatte, war bei einem besonders eifrigen und begüterten Parteimann der Deutschnationalen, Sägewerksbesitzer Reppeler in Calmbach, zu Gast. Es ist kaum anzunehmen, daß die Reppeler und Girschfeld ganz zufällig, ohne Mitwissen und Mithilfe der Stuttgarter Parteileitung zusammenkamen. Vor allem aber wird niemand darin einen Ausbruch besonderer Absichten für den Versuch des politischen Mordes erblicken, wenn man den, der dabei ertappt wurde, dafür auf 2½ Monate in ein schönes Schwarzwaldbaus zur Erholung einludet und ihn behandelt, als ob er zum engsten Familienkreis gehört. Niemand braucht sich zu wundern, wenn angesichts dieser Tatsache die theoretische Beurteilung des politischen Mordes durch die „Süddeutsche Zeitung“ und die Deutschnationalen Württembergs nicht ernst genommen wird.

Die württembergische Regierung hat darum auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Reichsregierung bei den von ihr verordneten Maßnahmen loyal unterstützen wird, auch wenn sie — wie sie bewiesen hat — in Württemberg selbst aus eigener Initiative heraus gegen rechts und links eine klare demokratisch-republikanische Linie durchzuhalten verstand, gegen die solche Füglosigkeit, wie sie in Bayern und Norddeutschland jetzt im Schwange gehen, nicht auskommen konnten, jedenfalls im Augenblick nicht unmittelbar so waren. Vielleicht kann allerdings der Juneminister doch eine kleine Mahnung aus den Vorgängen entnehmen, daß er im Kampf gegen die Kommunisten nicht zu unbedächtig und harnlos die staatsfeindlichen — das letztere vor allem im Hinblick auf unsere auswärtige Lage — Umtriebe der Reaktionsäre von Rechts zu lange gewähren läßt. Sein Ministerkollege und Parteigenosse Holz hat in der Beziehung erfreulich deutliche Töne geredet, auch gegen das herausfordernde Benehmen gewisser hoher Offizierskreise.

Minister Holz ist selber Offizier und im Felde gewesen. Umso mehr mußten seine diesbezüglichen Ausführungen Eindruck auch auf seine früheren Kameraden machen. Die Regimentsfeste haben zwar bei uns keine so herausfordernden Formen angenommen bis jetzt, wie etwa der Frontkämpfertag, aber es war doch auch zu beobachten, daß ihnen in zunehmendem Maße ein mitreiner Erinnerung geltenden Bweden nicht mehr vereinbares militärisches Gepräge gegeben wurde. Immerhin ist ein Verbot solcher Feiern für Württemberg nicht gerechtfertigt. Die beteiligten Kreise haben aus einem richtigen Gefühl heraus in Aus-sicht stehende Zusammenkünfte verschoben und so Verständnis gezeigt für die Bedürfnisse der Zeit, das im Interesse einer Entspannung der Gegensätze zu begründen ist.

Darüber hinaus haben die Schüsse von Griesbach und die Maßnahmen der Reichsregierung wie ein erfrischender Wehruf für die Anhänger der demokratischen Republik gewirkt. Das einseitige Verbot, daß man ein umgekehrtes Sozialistengesetz geschaffen habe, verhängt bei uns nicht. Niemand verwehrt es den Deutschnationalen, ihren neuen Parteiheldlichen Helfertich in ihre Stuben zu hängen und in allen Versammlungen auszubieten. Niemand löst ihre Beere auf und verfolgt diejenigen, die ohne fürstliches Begünstigen sich ein menschliches Dasein und ein Volkstum nicht denken können. Wer man atmet in weiten Kreisen auf,

daß die republikanische Regierung des Reiches aus der fortgesetzten Verteidigung zum Angriff übergegangen ist, auch gegen die, von denen man auch in Württemberg weitest den Eindruck hat, daß sie überall hemmend und lähmend einwirken, um die ihnen verhasste Republik nicht zur Festigung, zu gedeihlicher Arbeit und zu Vertrauen im Volke kommen zu lassen.

Wie weit diese Stimmung der republikanischen Entscheidung auch in einer Umbildung der Regierung ihren Ausdruck findet, durch Vereinnahmung der Sozialdemokratie, ist noch eine offene Frage, aber immerhin eine Frage, die jetzt wesentlich anders zu beurteilen ist, als noch vor einigen Monaten. Der Führer der württembergischen Sozialdemokratie, Abgeordneter und Vizepräsident des Landtags, Reil, hat bereits in einer Rede die Forderung angemeldet, ohne freilich schon greifbare Vorschläge zu machen.

Die Atmosphäre des Hasses.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Badische Beobachter“ folgendes:

Wir haben es während des Krieges bitter genug empfinden müssen, daß die Welt in eine Atmosphäre des Hasses hineingetaumelt ist. Wir Deutsche waren infolge der bei uns gemachten Fehler, aber auch einer maßlosen Verleumdung durch unsere Feinde verhasst in der Welt wie kaum jemals ein anderes Volk. Die Ermordung Erzbergers hat blutig die Welt in eine traurige Lage gezeitigt, wie eine Atmosphäre des Hasses innerhalb des deutschen Volkes ihre verderbliche Wirkung ausübt. Wer die Täter des schändlichen Mordes am Niebis sind, weiß man trotz eifrigster Nachforschung nicht; wer die moralisch Verantwortlichen sind, liegt vor aller Welt klar zu Tage. Den Tiefstand der sittlichen Verwilderung, der in manchen Köpfen und Herzen um sich gegriffen, bezeichnen jene nicht seltenen Ausprägungen der Freude über das geschehene schändliche Verbrechen, die bereits bekannt geworden sind. Es scheint aber noch Leute zu geben, die es nicht unter ihrer Menschenwürde halten, diesen Tiefstand noch zu überbieten. Mit einer Verachtung, die bei den wilden Tieren des Urwaldes entlehnt zu sein scheint, schreibt die deutschnationale „Volkstimme“ (Nürnberg-München) vom 31. August:

„Dem Ende dieses gewissenlosen Abenteurers ein Wort des Bedauerns zu schenken, wäre niedrigste Heuchelei. Gätten alle die Flüche Gestalt angenommen, die seinem Namen zum Himmel stiegen, kein Sonnenstrahl wäre seit Jahren durch ihre Scharen auf die blutgetränkte Erde gedungen. Könnten die Tränen gesammelt werden, die durch seine Schuld in Europa noch fließen sollen, eine zweite Sintflut müßte Mensch und Vieh erlösen. Sein Maß war gerüttelt voll, und ein Wunder ist es nur, daß heute erst die Kugel den Weg zu seinem Leben fand. Nicht als ob sein Werk damit gesühnt wäre: Wie ein Mann als Fadel ganzen Zeitaltern den Weg erleuchten kann, so vermag ein Einziger Völker ins Glück zu führen. Und das hat Erzberger getan. Kein Einziger durfte sich deshalb vermessen, den Spruch an ihm zu vollziehen. Er war dem deutschen Volke verfallen. Im Namen des Volkes auf der Kuhhaut zum Nichts gemacht, dort mit glühendem Eisen gebrandmarkt und an den höchsten Galgen gehängt: Das war der Tod, den Erzberger verdiente. So nur wäre sein Andenken mit der Schmach bekränzt worden, die es in Zukunft keinem aufrechten Menschen mehr gestattet, im Herzen, geschweige denn öffentlich, einen Vorbehalt zu seinen Gunsten zu machen.“

So kann es nicht weiter gehen, wenn das deutsche Volk nicht nur der deutsche Staat — nicht jämmerlich zugrunde gehen soll in einem blutigen Bürgerkrieg.

Auf dem deutschnationalen Parteitag in München hat Helfferich von einer Drohung gesprochen, die ihm gegolten, von einem Angriff, der ihm — dem glücklicherweise Abwesenden — zugebracht war. Die „Kreuzzeitung“ (Nr. 414) läßt sich darüber aus Darmstadt des näheren berichten. Dr. Helfferich wollte mit seiner Familie seit Anfang Juli zu seiner Erholung auf dem bei dem benachbarten Jugendheim gelegenen Heiligenberg. Der mehrheitssozialistische „Hessische Volksfreund“ in Darmstadt habe u. a. geschrieben, die Sozialdemokraten seien bei der Rebo-

lution im November 1918 viel zu anständig gewesen. „Gätten Helfferich und Ludendorff, Graf Westarp und Tirpitz damals Bekanntschaft mit dem Laternenfabrikanten gemacht, dann wäre seither viel weniger Blut geflossen“. Die sozialistische Heße habe in Darmstadt selbst bei den Demonstranten des 31. August zu wüsten Höllezerzessen geführt, unter anderem zum Sturm auf die deutschnationale „Hessische Landeszeitung“. Gegen Abend des 31. August sei ein großer aufgeregter Haufen mit roter Fahne unter Führung eines Darmstädter Sozialdemokraten nach dem Heiligenberg gezogen, um sich der Person Helfferichs zu bemächtigen. Die Bande sei in die Wohnung Helfferichs eingedrungen, habe ihn aber nicht gefunden, da er kurz zuvor zum Münchener Parteitag abgereist war. Die enttäuschte Motte habe sich in wüsten Beschimpfungen Helfferichs und Ludendorffs ergangen, die den Nord Erzbergers hühen mühten. Helfferich sei diesmal noch entkommen, das werde ihm aber nicht nützen. Er werde von Ort zu Ort gehetzt werden, bis ihn sein Schicksal erreicht habe.

Wir überlassen der „Kreuzzeitung“ die Gewähr für die Richtigkeit dieses Berichtes. Wenn die Dinge sich wirklich so, wie geschildert, abgepielt haben, halten wir es für unsere Pflicht, auch dagegen unsere schärfste Mißbilligung auszusprechen. Wir verurteilen die Anwendung von Gewalt als politische Waffe gegen jedermann, auch gegen die Person Helfferichs. Die deutschnationale Heße mögen an diesem Vorgang einmal überlegen, wohin wir kämen, wenn es der Motte geglückt wäre, Helfferich zu überfallen und ihn für die Ermordung Erzbergers hühen zu lassen! Vielleicht bringen sie noch soviel ruhige Überlegung auf, um einzusehen, daß Gewalttat wie der vom Aniebis und der vom Heiligenberg die Gefahr des Bürgerkrieges heraufbeschwören, und daß es äußerst gefährlich ist für Reich und Volk, die Atmosphäre des Hasses, aus der solche Untaten entstehen, noch weiter zu schüren, daß es aber auch heilige Pflicht unferer verantwortlichen Staatsmänner ist, mit starker Hand zuzugreifen und die schädlichen Organe, die den Haß weiterführen — ob sie gefällt oder nicht gefällt — mit strengen Maßnahmen in die Schranken der Ordnung zu weisen.“

* Druckfehler. Die Überschrift unseres gestrigen 2. Beiratsartikels sollte, wie wir berichtend mitteilen, lauten: „Die Verwilderung der Abseilande“ (nicht: „der Reichslande“.)

Politische Neuigkeiten.

Gesamtdemission des bayerischen Kabinetts.

* Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Das gesamte Ministerium hat in seiner gestrigen Sitzung die Lage erörtert. Hiernach ist das gesamte Ministerium zurückgetreten. Nach § 66 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Im Untersuchungsausschuss des Reichstags.

kennzeichneter Abg. Bayern (Bayer. Volksp.) die augenblickliche Lage. Der Ernst der Situation ergebe sich aus der Tatsache, daß die neuen Münchener Forderungen von sämtlichen Parteien der bayerischen Koalition, einschließlich der Mittelpartei (Deutschn. Partei) gestellt sind, und daß ihnen selbst die Vertreter der Reichssozialdemokraten nicht widersprochen haben. Der Fall habe gelehrt, daß die Handhabung der Exekutive durch die Reichsregierung in einer dem Gesamtwohl abträglichen Weise politische Erbitterung schwerster Art ausgelöst habe, die im vaterländischen Interesse vermieden werden muß.

Zur allgemeinen Lage erklärte der Reichskanzler, offizielle Äußerungen der bayerischen Regierung, die insbesondere auch eine Sühnung der Wünsche bringen könnten, lägen nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesandten unterhalten können. Er nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen hier eröffnen würden. Dieser sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht genannt worden. Es sei also ganz unmöglich, heute dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Der Reichskanzler sagte

weiter: Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kapp ist eine neue kritische Situation geschaffen worden. Zu dem Referat, das die bayerischen Herren und erstattet haben, wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß es uns nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in eine Aussprache mit dazu beauftragten Herren eintreten können. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die letzten geführten Verhandlungen nicht unmöglich erschiene, zu einer annehmbaren Basis zu kommen.

Ministerpräsident Stegerwald zur Frage der Regierungsbildung.

In der Zeitung „Der Deutsche“ schreibt Ministerpräsident Stegerwald über die Verhandlungen des Präsidenten des preussischen Landtages Reiner: In Sachen der Umbildung der preussischen Regierung sind in der Presse einige Unrichtigkeiten unterlaufen. Die Verhandlungen sind nicht, wie vielfach angenommen wird, völlig ergebnislos verlaufen. Zudem sind die ehemaligen Koalitionsparteien, unter denen große Vermittlung bestand, wieder an einen Verhandlungstisch gebracht worden. Dann sind sämtliche Beteiligten nacheinander vor die Frage gestellt, die Angelegenheit im Reiche und in Preußen unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu behandeln. Bisher waren die Parteien der Klärung der einschlägigen Fragen dadurch meist ausgehört, daß sie dem preussischen Ministerpräsidenten die handelnde Rolle zusprachen. Gegenüber der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vertritt ich die Meinung, daß nicht die Parteischranken der Vergangenheit den Ausgangspunkt für die Politik im nächsten Winter abzugeben haben, sondern die Frage: Wie kommt das deutsche Volk am besten aus dem gegenwärtigen Elend heraus. Dafür ist neben einer festen und klaren Innen- u. Außenpolitik eines der ersten Erfordernisse die Stabilisierung der Mark. Das Finanzprogramm der Reichsregierung wird in der Hauptsache von folgender Basis ausgehen haben:

1. Gerechter Ausgleich zwischen Besitz- u. Massenverbrauchersteuern.
2. Größerer Eingriff in die Vermögenssubstanzen, der sich nicht wird vermeiden lassen, und
3. Ausreichende Beschaffung von Devisen.

Was die Reichsregierung braucht, sind langfristige Kredite und ausländische Devisen. Beide sind ohne opferwillige und überzeugte Hilfe der Exportindustrie und des Großhandels nicht zu beschaffen. Schon früher habe ich ausgesprochen, daß die beiden hauptsächlichsten Aufgaben Preußens in der nächsten Zeit in der Besänftigung des Etats und in der Durchführung der Verwaltungsreform bestehen. Für diese Aufgaben sind nicht weniger als sechs zusammenhängende Gesetze erforderlich. Dabei spielt die Frage eine entscheidende Rolle, was künftig aus Preußen werden soll und wie das organische Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu gestalten ist. Diese beiden großen Aufgaben sind im Hinblick auf ihre ungeheure Bedeutung nur auf breiter Koalition und nur bei allseitiger Verantwortung und gegenseitigem guten Willen lösbar. Mit einer schmalen Koalition läßt sich nicht durchführen. Die Stunde ist gekommen, in der sowohl das Reich als auch Preußen seine Politik auf längere Sicht einstellen müssen. Reich und Preußen können Übergangskabinetts nicht mehr gebrauchen. Voraussetzung für jede Teilnahme an der Koalition ist: Anerkennung der Verfassung u. ihre Vertretung mit allen staatlichen Mitteln nach allen Seiten und Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung. Dafür ist im Reiche und in Preußen eine Mehrheit vorhanden. Auch die Modalitäten für ihre Zusammenfassung lassen sich finden.

Die Steuern im Reichswirtschaftsrat.

* Im Reichswirtschaftsrat betonte der Vorsitzende Eder von Braun die Notwendigkeit, die Beratung der Steuererlasse noch diese Woche zu Ende zu führen. Oberbürgermeister Mißlaff erstattete Bericht über die Ergebnisse der Mitteilungen, die in Sachen des Besuchs von Vertretern der Abt. 1 beim Reichskanzler angestellt worden sind. Es handelte sich dabei um einen Protest gegen die Annahme des Uffmanns. Der Vorstand hat entschieden, daß ein solches Verhalten grundsätzlich zu billigen sei. — Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wird Oberbürgermeister Mißlaff als Vertreter der Abt. 3 mit 197 von 204 Stimmen gewählt. Bei der hierauf folgenden Beratung des Biersteuererlasses wurden die inzwischen gestellten An-

Landestheater.

„Fidelio“.

Die Karlsruher „Fidelio“-Auführungen waren selbst in den letzten Jahren künstlerischer Stagnation unseres Opernbetriebs noch durch ein gewisses Maß von Gediegenheit ausgezeichnet, wenn auch dieses Maß zumeist nur gerade hinreichen mochte, um den jeweiligen Vorstellungen das Gepräge anständigen Durchschnitts zu sichern. Wenn sich bei der gestrigen Aufführung dieses Wertewerks deutscher Opernkunst trotzdem ein ebenso erheblicher wie erfreulicher Abstand gegen früher zeigte, so darf das, unbeschadet allen nötigen Vorbehalten — der Frucht der Enttäuschungen eines Jahresgehalts — als freundliches Prognostikon für die neue Spielzeit und damit für die Aca. Bollner gedeutet werden. Der neue Intendant, Herr Volkner, in dessen Hand die hiesige Leitung lag, hat mit dieser Aufführung, die nicht einmal als Neueinstudierung im strengen Sinne des Wortes bezeichnet werden kann, da ja das Werk bei Orchester und Chor sowohl wie bei einem Teil der Hauptdarsteller noch von der letzten Spielzeit her steht, den Beweis erbracht, daß er regie-technische Fähigkeiten besitzt und die Mittel kennt, um das hiesige Geschehen auf eine dem dramatischen, ethischen und musikalischen Ideengehalt des zu inszenierenden Wertes angemessene Stilform zu bringen. Entsprechend dem erhabenen Grundgedanken dieser einzigartigen Apotheose der Gattenliebe war die Darstellung von allem auf Betonung der ergreifenden und erhebenden Momente eingestellt. Die Charaktere der humoristischen Stellen des ersten Aktes war durch einen Interion milden Ernstes verklärt. Auch der gesprochene Dialog klang natürlicher und zu Herzen gehender, weil weniger „deklamiert“ als früher. Das Zusammenspiel von Solisten u. sonstigen Ensemble war durchweg glaubhaft und ungezwungen. Besonders fleißige Arbeit war offenbar auch auf die Gefangenenjungen im Hof sowie auf die Wollschützen im Schlußakt verwendet worden. Die Gruppierung im Ganzen sowohl wie Haltung und Spiel des Einzelnen war aus der Stimmung und Bedeutung der Szene heraus erwachsen, psychologisch motiviert und lebendig. In szenisch-dekorativer Hinsicht brachte die Vorstellung außer einigen weniger wesentlichen Änderungen im ersten Bild (man hatte es bei der seit der letzten Spielzeit wieder aufgenommenen ursprünglichen Verfassung belassen, die Einleitungsjungen in die Wohnung Rocco zu verlegen) und in der Einrichtung des Gefängnishofes, ein neues, in der architektonischen Anordnung sowohl wie in rein malerischer Hinsicht wirkungsvoll gestaltetes Schlußbild, das der befreundeten, von

Dank und Jubel erfüllten Stimmung Rechnung trägt, in der die Oper ihren Ausklang findet.

Aber auch in musikalischer bezw. gesanglich-darstellerischer Hinsicht darf die Aufführung als eine Frucht sorgfältigster und liebevollster künstlerischer Arbeit gewertet werden. Unser prächtiges Landestheaterorchester zeigte sich glänzend disponiert und spielte eine bereinigte unsichere Hornbläserstelle kann dem Gesamteindruck keinen Abbruch tun) mit außerordentlicher Schönheit, Weisheit und Wärme des Tons, dabei mit einer Eindringlichkeit, die der Parteilichkeit und Leidenschaftlichkeit der an Intensität des Ausdrucks unerreichten Musik des Wertes in idealer Weise Rechnung trug. Nach der zwischen Kerkelzjense und Schlußbild gespielten 3. Leonore-ouvertüre konnte Operndirektor Cortolozis einen herzlichen Sonderapplaus für sich und das Orchester entgegennehmen.

Die Titelpartie verkörperte Frau Tracema-Brügelmann, die auch diesmal wieder durch ihre intelligente darstellerische Auffassung der Rolle und durch die Schönheit und hohe Kultur ihrer gesanglichen Darbietung zur Bewunderung zwang. Als Florestan führte sich unser neuer Heldentenor, Herr Gilke, in glücklicher Weise ein. Sein schönes, kräftiges Stimmmaterial und seine solide Technik, insbesondere die Leichtigkeit und Sicherheit seiner Tonbildung, ließen ihn die ungewöhnlich schwierige Kerkelzjense mit einer Selbstverständlichkeit bewältigen, die zu schönen Hoffnungen für die kommende Spielzeit berechtigt. Mit schönem, hier und da allerdings etwas schwachem Ton und warmer Innigkeit im Ausdruck sang Frau Donna Rocco, ebenfalls ein neues Mitglied unseres Ensembles, die Margarete; auch ihr Spiel war natürlich und sympathisch. Den Bizarro gab Herr Büttner wie stets intelligent und temperamentvoll im Spiel, sicher und markig im Gesang. Sehr sympathisch wirkte Herr Wehr auch in der Rolle des Ministers. Die hohe Gestalt, das vornehm-würdevolle, aber von starker innerer Anteilnahme gezeigte Spiel und die schöne, klagende Stimme des für das Fach des ersten hiesigen Baritons verpflichteten Künstlers entsprachen durchaus den Anforderungen an den bewährten Händchen der Oper, des Joaquin lagen auch diesmal in den bewährten Händen der Herren Giesen und Wuffard. Die in Dynamik und Aussprache vorzüglichen, dabei durch rhythmische Schärfe aus-gezeichneten Chöre verdienen besondere Erwähnung. Auch Herr Wuffard, von dem die schönen Bühnenbilder stammen, und Frau Schellenberg, die für sein abgestimmte Kostüme sorgte, hatte, mögen nicht vergessen sein. Das dicht besetzte Haus spendete der Aufführung stürmischen Beifall und rief die Darsteller, den Dirigenten und den Intendanten zu wiederholten Malen vor den Vorhang. E. K. f.

Goethes Urfaust.

Kommenden Donnerstag bringt das Schauspiel des Landestheaters Goethes Urfaust heraus. Der Theaterkulturverband ließ es sich in dankenswerter Weise angelegen sein, das Karlsruher Theaterpublikum in einer Morgenveranstaltung am gestrigen Sonntag über die hier noch unbekanntere Fassung der Goethe'schen Dichtung aufzuklären und hatte zu diesem Zweck Herrn Prof. Dr. Doll als Redner gewonnen, der sich seiner Aufgabe mit großem Geschick unterzog. Er gab klare Aufschlüsse über die Entstehung des Manuskripts, das der bekannte Literaturkritiker Erich Schmidt unter alten Papieren des ehemaligen weimarschen Hofbibliothekars Luitpold von Wölkhausen fand und als „Urfaust“ herausgab. Das Hauptgewicht legte der Redner nach diesen literarischen Angaben, die man ja überall nachlesen kann, mit Recht auf die künstlerische und menschliche Bewertung dieses Fragments und Fragmente. Er zeigte in anschaulicher, bereichernder Weise, wie Faust in dieser ursprünglichen Gestaltung weit mehr als in der abgeschlossenen „Faust“-Dichtung Symbol von Goethes eigenem Leben geworden, wie darin die titanische Schmach des Sturms und Drangs ausgesprochen wird und wie im Urfaust der Schwerpunkt in Gretchen liegt. Er zog die Parallele Goethe-Friederike und Faust-Gretchen und beleuchtete in diesem Zusammenhang das Schulgefühl des schuldlos Schuldigen. Aber er betonte, daß das titanische Genie, vom Dämon getrieben, nicht mit dem Maßstab bürgerlicher Anschauungen gemessen werden darf. Das Genie des Titanen fühlt wohl die Wunde eigener Verschuldung, trotzdem muß er seine eigene Bahn weiterziehen. Vor allem suchte der Redner den Gedanken herauszuarbeiten, daß die Szene gegen Gretchen Urtaufe gegen das eigene Ich gewesen wäre. Eine zahlreiche Zuhörerschaft folgte den geistvollen Ausführungen des Redners mit großem Interesse; man darf daher wohl annehmen, daß die kommende „Urfaust“-Aufführung ein gut vorbereitetes Publikum finden wird. S. R. r.

Landestheater. Für die am Donnerstag, den 16. stattfindende Neueinstudierung von Gabels großer Oper „Die Zibin“, zeigt sich ein lebhaftes Interesse. In dieser Vorstellung stellt sich der neuerpflichtete hiesige Tenor Wilhelm Reutwig erstmals in einer Hauptpartie vor. Der Heldentenor Billy Birken singt den Elazar, von den bekannten hiesigen Mitgliedern Hebb Tracema-Brügelmann zum erstenmal die Necha, Carl Giesen den Kardinal. In der Sonntags-Vorstellung von Humperdinck „Königsfeier“, die ebenfalls neueinstudiert

sondern ein württembergisches Gewächs. Allerdings wissen wir in Baden sehr genau, daß auch Württemberg auf dieses Produkt seines Landes keineswegs stolz ist.

Auf den Wahlkampf für die am 30. Oktober stattfindenden Landtagswahlen fällt natürlich die Ermordung Erzbergers und die dadurch geschaffene gesamtpolitische Lage ab. Für die Parteien des neuen Staates ist die Situation sicherlich verbessert worden. Viele laue Wähler, die bisher der Urne fern blieben, werden sich jetzt zweifellos zur Ausübung ihrer Wahlpflicht entschlossen haben. Denn auch dem Ruhigsten und Einfältigsten haben die Revolverkugeln von Griesbach zu denken gegeben.

Die Deutschnationalen werden all das auf die Beine bringen, was nur irgend möglich ist. Aber es ist doch zweifelhaft, ob sie diesmal ebensoviele Wähler haben werden, als bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920. Die Aussichten der Deutschen Volkspartei sind an sich nicht ungünstig. Befolgt diese Partei die Ratsschlüsse eines Campes (dessen Artikel hier in Baden sehr aufmerksam gelesen worden sind), so wird sie als Mittelpartei sicherlich nicht schlecht abschneiden.

Mehrheitssozialdemokratie und Deutschdemokraten haben in größeren Versammlungen den eigentlichen Wahlkampf bereits eröffnet. Für die Mehrheitssozialdemokratie ist dabei bemerkenswert, daß sie den Unabwägigen nur dann entgegenzutreten will, wenn diese selbst einen Kampf provozieren. Und weiterhin ist beachtenswert, daß die Mehrheitssozialdemokraten nach erfolgter Wahl grundsätzlich mit jeder Partei zusammenarbeiten will, die die neue Verfassung anerkennt. — In einer großen deutschdemokratischen Versammlung hat der Führer der Partei, Kultusminister Gummel, eine Rede gehalten, die in glücklicher Weise den Gedanken der Demokratie betont und sich mit gleicher Schärfe gegen die kommunistische, wie gegen die reaktionäre Agitation wendet.

Auf der Suche nach den Mörder Erzbergers.

Nach Mitteilung eines Mannheimer Detektivinstituts hat ein in hypnotischen Schlaf versetzter „einwandfreier“ Hellscher bis ins einzelste gehende Angaben über die Flucht der beiden Erzberger-Mörder gemacht. Er äußerte sich u. a.: „Die Mörder flohen mittels eines bereitstehenden Autos in der Richtung Oppenau, hielten sich etwa eine halbe Stunde in einem bei Oppenau gelegenen Walde auf und benutzten später den Zug nach Appenweier 4. Klasse; von Appenweier aus den Schnellzug nach Basel (Bad. Bf.), überschritten die Schweizer Grenze

und wurden beim Überschreiten der Grenze von einem Grenzbeamten kontrolliert. Ankunft in Basel gegen 11 Uhr, Übernachtung in einem 24stündigen Restaurant in der zweiten Straße rechts vom Bahnhof, wofolbst sie in Zimmer 3 übernachteten. Die Eintragungen ins Fremdenbuch sind unleserlich. Beide verließen gegen 7 Uhr morgens das Übernachtungslokal ohne Frühstück, begaben sich zum Postbureau und fuhren mit Auto C 2 Nr. 17 328 nach Zürich, stiegen im zweiten Hotel linke Seite an der Straße Basel-Zürich ab und trafen dort mit einem großen, schlanken Herrn zusammen, der ihnen ein Papier (Scheck) übergab; schliefen im selben Hotel, gingen am nächsten Morgen nach der Züricher Bank und hoben auf den übergebenen Scheck 30 000 Franken ab. Einer der Mörder entfernte auf dem Wege nach der Bank das Gipsplaster am Ohr, welches am Rande zertrümmert war, ließ sich platt rasieren und die Haare schneiden. Nachdem der erwähnte schlank Herr ihnen neue Hase ausgehändigt hatte, geht die Fahrt im selben Auto nach Lausanne, wofolbst eine telefonische Unterredung mit dem Herrn in Zürich stattfand, der sie zur sofortigen Weiterfahrt nach Neapel drängte und angab, in Neapel eingehende Post unter Nr. 8475 Hauptpostlager abzuholen.“ Das Amtsgericht Oppenau ist davon in Kenntnis gesetzt.

Man wird abwarten müssen, ob es sich bei diesen Angaben um einen wirklichen Fall von „Hellschen“ handelt. Wenn ja, so wäre das wissenschaftliche Interesse daran nicht minder groß als das politische und strafrechtliche. Bekanntlich steht die Wissenschaft im allgemeinen dem Problem des Hellschens sehr skeptisch gegenüber.

Aus der Deutschen (liberalen) Volkspartei.

Auf der in Heidelberg abgehaltenen Tagung der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen (liberalen) Volkspartei wurde eine Entschließung gefaßt, in der bedauert wird, daß sich die Reichsregierung durch einseitige Anwendung der Ausnahmebestimmungen und namentlich der oberste verantwortliche Beamte des Reiches an dem Feldzug gegen Andersdenkende beteiligt hätten. Auf schwerste zu verurteilen sei, daß rein vaterländische Veranstaltungen, die sich fern halten von jedem Versuch verfassungswidriger Angriffe gegen die bestehende Staatsordnung, der staatliche Schutz entzogen und sie dadurch den Angriffen radikaler Banden preisgegeben werden. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, nach den letzten Erfahrungen an ihrer bisherigen Haltung gegenüber der jetzigen Reichsregierung unbekümmert festzuhalten. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung Wirth müsse als unmöglich abgelehnt werden.

Wettbewerb für Grabkreuze und -gedenkezeichen aus Holz.

Das bittere Holz zwingt heute mehr denn je zur Verwendung billiger Rohstoffe auf allen Gebieten. Auch für Grabdenkmäler werden viele in diesen Zeiten einfachste Form und bil-

ligstes Material wählen, ohne daß sie damit ihre teuren Toten weniger ehren. Das Bedürfnis nach guten Vorbildern für Holzgrabkreuze und andere hölzerne Grabdenkmäler macht sich daher durch öftere Nachfrage nach Musterentwürfen mehr und mehr bemerkbar, während uns die meist wenig erbaulichen Friedhofsbilder zeigen, daß die Schaffung geschmackvoller Beispiele dringendst nötig ist. Das Landesgewerbeamt schreibt aus diesem Grunde einen Wettbewerb für einfachere hölzerne Grabdenkmäler aus, dessen Unterlagen durch das Landesgewerbeamt Karlsruhe zu beziehen sind.

Kartoffelpreise.

Im vorigen Monat ging durch eine ganze Anzahl von badischen Zeitungen die Meldung, daß im Kinzigtal von Kartoffelaukäufern bis zu 300 M. für den Zentner Kartoffeln geboten worden seien. Die sofort von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten eingehenden Erhebungen haben, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ergeben, daß es sich hier offenbar nur um ein haltloses Gerücht handelt, und daß die im Kinzigtal gebotenen und bezahlten Preise für Kartoffeln den im vorigen Monat auch sonst in Baden üblichen entsprachen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Bereitstellung.

Die Annahme von Eis- und Frachtgut (Stückgut und Rabingen) nach allen Bahnhöfen der Stadt Waghburg ist bis auf weiteres gesperrt. Zur Beförderung zugelassen sind nur Vieh, Lebens- und Genussmittel und Sendungen für Anschlußinhaber mit Ausnahme der Maschinenfabriken.

* 70. Geburtstag des Staatsministers a. D. von Duff. In Heidelberg feierte gestern der frühere badische Ministerpräsident Alexander Freiherr von Duff seinen 70. Geburtstag. Die Presse gedenkt aus diesem Anlaß des langjährigen Wirkens des Jubilars im badischen Staatsdienst.

* Der Haftbefehl gegen Hirsfeld aufgehoben. Der Haftbefehl gegen Oltwig von Hirsfeld, der unter dem Verdacht, Erzberger erschossen zu haben, errent festgenommen worden war, ist vom Landgericht Offenburg aufgehoben worden.

Staatsanzeiger.

Die Sonnenapotheke in Mannheim betz. Dem Apotheker Oskar Baader von Karlsruhe wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Sonnenapotheke in Mannheim verliehen.

Karlsruhe, den 8. September 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Arnold.

Zeller.

MÖBEL-
HAUS Nr. 511
Ausstellung: Eoko Kaiser- und Douglasstraße (Hauptpost)
Günstige Kaufgelegenheit
für Einzel-Möbel und Zimmer-Einrichtungen
Besichtigen Sie unsere Ausstellung und urteilen Sie!
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen.
Hauptgeschäft: Philippstr. 19
GEBRÜDER KARRER

Oberrheinische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 29. Juli 1921 hat die Herabsetzung des Grundkapitals unserer Gesellschaft von 890 000 Mark auf 660 000 Mark beschlossen. Das Grundkapital wird zunächst um 10 000 Mark dadurch herabgesetzt, daß ein entsprechender Betrag von alten Aktien, die zu diesem Zwecke unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind, vernichtet werden. Der Rest des Grundkapitals von 880 000 Mark wird auf 660 000 Mark in der Weise herabgesetzt, daß je 4 Aktien zu 3 zusammengelegt werden. Der Herabsetzungsbeschluß ist in das Handelsregister eingetragen. Von je 4 zum Zweck der Durchführung der Zusammenlegung einzureichenden Aktien wird je eine zurückbehalten und vernichtet, drei werden zurückgegeben mit dem Stempelauflage:

Gültig geblieben gemäß Zusammenlegungsbeschluß vom 29. Juli 1921.

Soweit die von den Aktionären eingereichten Aktien zur Durchführung der Zusammenlegung nicht ausreichen, der Gesellschaft aber zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind, werden von den sämtlichen in dieser Weise eingereichten Aktien immer eine vernichtet u. drei durch den gedachten Stempelauflage für gültig geblieben erklärt. Die letzteren drei werden in öffentlicher Versteigerung verkauft und der Erlös den Beteiligten nach Verhältnis ihres Aktienbesitzes zur Verfügung gestellt.

Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, ihre Aktien zum Zwecke der Durchführung der Zusammenlegung einzureichen und die darauf entfallenden abgestempelten Aktien in Empfang zu nehmen, oder die eingereichten Aktien, soweit sie zur Durchführung der Zusammenlegung nicht ausreichen, der Gesellschaft zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung zu stellen. Die Aktien sind nebst Dividenden- und Erneuerungsschein und einem

arithmetisch geordneten Nummernverzeichnis in der Zeit vom

15. September bis spätestens 31. Oktober 1921 einschließlich bei der Direktion der Gesellschaft in Mannheim, Max-Josefstraße Nr. 1 oder bei der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft in Mannheim während der üblichen Geschäftsstunden gegen Quittung einzureichen.

Die Aktien, die nicht in der vorgesehenen Weise spätestens bis 31. Oktober 1921 eingereicht und die, welche von einem Aktionär in einer Anzahl eingereicht werden, die zur Durchführung der Zusammenlegung von 4 zu 3 nicht ausreichen und der Gesellschaft nicht zur Verwertung für die Beteiligten zur Verfügung gestellt werden, werden gemäß § 290 des Handelsgesetzbuches für kraftlos erklärt. Anstelle der für kraftlos erklärten, werden neue Aktien ausgegeben und zwar je drei neue für vier alte. Diese neuen Aktien sind für Rechnung der Beteiligten in öffentlicher Versteigerung zu verkaufen und der Erlös den Beteiligten nach Verhältnis ihres Aktienbesitzes zur Verfügung zu stellen.

Der Vorschrift des § 289 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches entsprechend, fordern wir unter Hinweis auf die vorstehend wiedergegebene Herabsetzung des Grundkapitals die Gläubiger der Gesellschaft hiermit auf, ihrer Ansprüche anzumelden. Mannheim, den 10. September 1921.

Oberrheinische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft.

Der Aufsichtsrat: Dr. Kutzer, Vorsitzender. W. Kern, E. Müller.

9.944.2 Zauberbischofsheim. Brantweinbrenner Karl Schlüterlein in Lauda, vertreten durch Rechtskonsulent Schwertner hier, klagt gegen 1. Leon v. Biach, led., Kaufmann, zuletzt in Charlottenburg, Obnabrückerstr. 2, 2. Kurt Weinhold, led., Kaufmann, zuletzt in Charlottenburg, Obnabrückerstr. 2, 3. Jt. unbekanntes Außenhauß, aus Kauf mit dem Antrage auf Zurückweisung der Zahlung von 40555.25 Mark.

Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgerichte hier ist bestimmt auf Montag, den 12. Dezember 1921, vormittags 10 Uhr. Die Klagen werden hierzu geladen.

Zauberbischofsheim, den 8. September 1921. Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts.

Hochbauarbeiten für Erweiterung eines Erweiterungsbauwerks für die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe, nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben: Maurel, Kunststeinbauer, Zimmer,

Mechner, Dachdecker u. Schmiedarbeiten. Kläne u. Bedingnisbest auf unserem Hochbau-bureau, Eisenbahngeneraldirektionsgebäude, Friedrichsplatz 13, 4. Stock, Zimmer Nr. 117, von 8-12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsprotokolle. Kein Besand nach auswärts. Angebote verschlossen und mit der nötigen Aufschrift, bis längstens den 28. September 1921, 10 Uhr vormittags, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 12. Sept. 1921. Hochbau-bureau der Eisenbahngeneraldirektion.

Die Motorwagen-gesellschaft St. Blasien G. m. b. H. in St. Blasien ist durch Beschluß vom 22. August 1921 aufgelöst. Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, Forderungen bei dieser alsbald anzumelden. St. Blasien, 9. Sept. 1921. Motorwagen-gesellschaft St. Blasien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Der Liquidator: Eppeler, 9.937

Anfang Oktober wird erscheinen:
Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib
von
Dr. M. VAERTING
I. Band
Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat
Motto: Wahrheit nennt man die Irrtümer, die Jahrhunderte alt geworden sind.
Spinoza.
Inhaltsverzeichnis: Einleitung. 1. Das Prinzip der Umkehrung in der eingeschlechtlichen Vorherrschaft. 2. Die Normen des sexuellen Lebens in der eingeschlechtlichen Vorherrschaft. 3. Unterschiede in der sexuellen Moral bei männlicher und weiblicher Vorherrschaft auf Grund physiologischer Unterschiede der Geschlechter. 4. Die sexuelle Moral in der Phase der Gleichberechtigung der Geschlechter. 5. Die Umkehrung der Normen des sozialen Lebens für die Geschlechter bei weiblicher und männlicher Vorherrschaft. Besitzrecht und Arbeitsteilung. 6. Die soziale Stellung der Geschlechter in der Phase der Gleichberechtigung. 7. Der Einfluß der eingeschlechtlichen Vorherrschaft auf die Ausbildung der Körperformen, des geschlechtlichen Schönheitsideals der Kleidung und des Schmucktriebes bei Mann und Weib. 8. Der Einfluß der Gleichstellung von Mann und Weib auf die geschlechtliche Differenzierung der Körperformen und der Kleidung. 9. Der Einfluß der eingeschlechtlichen Vorherrschaft auf die Herausbildung der sexuellen Schamhaftigkeit. Phalluskult und Venuskult. 10. Die Ansichten über Schönheit und Intelligenz bei Mann und Frau als Produkt der eingeschlechtlichen Vorherrschaft. 11. Der Einfluß der eingeschlechtlichen Vorherrschaft auf die Stellung des Kindes. 12. Das Geschlecht der Götter bei weiblicher und männlicher Vorherrschaft. 13. Das Geschlecht der Priester bei eingeschlechtlicher Vorherrschaft. 14. Eingeschlechtliche Vorherrschaft und das Geschlecht der Könige. 15. Die Stellung der Männer und Frauen zu Krieg und Frieden. Mut und Furchtsamkeit. 16. Was man von der Gleichberechtigung der Geschlechter erwartet, und was sie bringen wird. 17. Der Kampf gegen die historischen Spuren der weiblichen Vorherrschaft. 18. Die Pendelbewegung der eingeschlechtlichen Vorherrschaft.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 14. Sept., 7 bis nach 1/10 Uhr. Mk. 12.—
Hildebrand.
Eine im Fürsorge- und Versorgungswesen bewanderte, im Maschinenschreiben kundige Person, wird zum baldigen Eintritt gesucht. Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisbescheinigungen zu richten an das Bezirksamt Wertheim. 9.953